

Vorgeschichte des Ukraine-Kriegs von 2022

Paderborner Initiative gegen den Krieg, 2023

Vorbemerkung

Die *Paderborner Initiative gegen den Krieg* hat die Vorgeschichte der staatlichen Entwicklung der Ukraine und des Kriegs von 2022 als Sammlung von Zitaten aus wenigen Quellen zusammengestellt. Der Text soll der knappen Information dienen; er erhebt nicht den Anspruch einer historischen oder wissenschaftlichen Ausarbeitung.

Der Text ist im Wesentlichen eine Abfolge von wörtlichen Zitaten aus dem Buch *Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine* (markiert mit [Kapp, S. ...]) und aus Wikipedia (markiert mit [Wiki]) und sechs weiteren Quellen; siehe vollständige Quellenangaben im Abschnitt „Referenzen“. Auslassungen innerhalb eines Zitats sind mit [...] gekennzeichnet, Ergänzungen des Autors sind in [] geklammert.

Die Quellen verwenden unterschiedliche Schreibweisen für einige Eigennamen von Personen. [Kapp]: *Selest, Janukovyc, Timosenko*, aber [Wiki]: *Schelest, Janukowytsch, Tymoschenko*; auch im Text wird darauf hingewiesen.

Inhalt:

1. Staat und Geschichte der Ukraine
2. Territoriale Entwicklung von 1920 bis 1954
3. Politische Entwicklung der Ukraine bis 1997 (ohne die Krim)
4. Die Krim 1954 bis 2014
5. Politische Entwicklung der Ukraine von 2000 bis 2022
6. Ukraine und NATO

Referenzen

1. Staat und Geschichte der Ukraine

[Wiki]:

Das Gebiet der heutigen Ukraine wurde schon während des Paläolithikums besiedelt. Während der Jungsteinzeit bestand in der Südukraine von etwa 6500 bis 5000 v. Chr. die Bug-Dnister-Kultur.

[Kapp, S. 17]:

Ukraine bedeutet „Grenzland“: zwischen sesshaften und nomadischen Zivilisationen an der Grenze zur Steppe.

[Kapp, S. 8-10]:

Die Ukrainer standen über weite Strecken ihrer Geschichte im Schatten der benachbarten Staatsvölker, zunächst der Polen, dann der Russen. Mit Ausnahme einiger kurzer Perioden hatten sie keinen eigenen Staat. Die dominanten Gesellschaften, Kulturen und Sprachen übten große Anziehungskraft auf Oberschichten und sozial aufsteigende Gruppen der Ukrainer aus. Dieser Prozess wurde im 19. und 20. Jahrhundert verstärkt durch mehrere Wellen einer bewussten Russifizierungspolitik vonseiten der zarischen und sowjetischen

Regierung. Große Teile der ukrainischen Eliten wurden deshalb seit dem 16. Jahrhundert polonisiert und seit dem 18. Jahrhundert russifiziert, und die Entwicklung der ukrainischen Literatursprache und Hochkultur wurde mehrfach unterbrochen.

Polen und Russen anerkannten die Ukrainer nicht als eigenständige Nation, sondern betrachteten sie meistens als Bestandteil ihrer eigenen Nation. Wie Äußerungen von Persönlichkeiten [...] belegen, fanden sich die meisten Russen nicht damit ab, dass die Ukraine ein unabhängiger Staat geworden war, der Anspruch auf Gleichberechtigung mit Russland erhob. Diese Haltung hat das Ausland im Wesentlichen übernommen: Die Ukrainer galten bis vor Kurzem auch in Deutschland als Russen, ihre Sprache als russischer Dialekt, ihre Geschichte als russische, polnische oder sowjetische Geschichte.

[...]

Geschichte wird aus der jeweiligen Gegenwart heraus geschrieben. So kann sich eine heute [2014] verfasste ukrainische Geschichte auf den neuen ukrainischen Staat beziehen. In der Unabhängigkeitserklärung vom August 1991 beruft sich das ukrainische Parlament auf eine tausendjährige staatliche Tradition der Ukraine. Gemeint ist die Stufenfolge vom Kiever Reich des 10. bis 13. Jahrhunderts über das Fürstentum Galizien-Wolhynien des 13. und 14. Jahrhunderts, das als teilweise ukrainisch interpretierte Großfürstentum Litauen des 14. bis 16. Jahrhunderts und das Hetmanat der Dnjepr-Kosaken im 17. Jahrhundert bis zum Hetmanat von 1918 und der Ukrainischen Volksrepublik der Jahre 1918-1920.

Eine Geschichte des ukrainischen Staates bezöge sich auf das heutige Territorium, das mit dem der ehemaligen Ukrainischen Sowjetrepublik identisch ist. Folgte man diesem Kriterium konsequent, so müsste man die Geschichte dieses Raumes durch alle Epochen bis zurück zur Urgeschichte verfolgen. Damit würden die antiken griechisch-römischen Kolonien am Schwarzen Meer und die Steppenkulturen von den Skythen bis zu den Tataren Bestandteile der ukrainischen Geschichte. Diesen Richtlinien folgen zahlreiche Gesamtdarstellungen, die inner- und außerhalb der Ukraine geschrieben worden sind.

Die tausendjährige staatliche Tradition ist allerdings ein nationaler Mythos. Über lange Perioden ihrer Geschichte war die Ukraine Bestandteil fremder Staaten. [...] Seit dem 17. Jahrhundert waren die Ukrainer auf mehrere Herrschafts- und Kulturräume aufgeteilt, was wesentlich dazu beigetragen hat, dass sich die Teilregionen unterschiedlich entwickelt haben. Erst die gewaltsame Stalin'sche Expansionspolitik im Zweiten Weltkrieg führte zur Vereinigung praktisch aller ukrainischen Gebiete in einem, im sowjetischen Staat.

Aus der staatenlosen Situation des 19. und frühen 20. Jahrhunderts heraus sah die junge ukrainische Historiographie nicht den Staat, sondern das ukrainische Volk als ihren wichtigsten Untersuchungsgegenstand. Andere in der Ukraine lebende ethnische Gruppen wie Juden, Polen oder Russen wurden damit aus der ukrainischen Geschichte weitgehend ausgeklammert, obwohl sie während langer Perioden wichtige Teile der Elite und der städtischen Mittelschichten stellte. Ein Vorteil dieser Perspektive liegt darin, dass sie die Ukraine als historischen Raum mit veränderlichen Grenzen betrachten kann; die Krim oder die Steppe werden so erst im 18. Jahrhundert zum Gegenstand der ukrainischen Geschichte. Schwierig zu beantworten ist die Frage nach dem Beginn der ukrainischen Geschichte als Volksgeschichte. Sie ist verknüpft mit dem umstrittenen Problem der Ethnogenese des ukrainischen Volkes. [...]

Das geographische Kriterium ist noch diffuser als das staatliche und ethnische, denn einen klar abgegrenzten Naturraum Ukraine gibt es nicht. Vielmehr definieren die Geographen den Raum Ukraine ebenfalls als heutiges [2014] Staatsgebiet oder als Siedlungsgebiet der Ukrainer.

Keines der genannten Kriterien (Staat, heutiges Staatsterritorium, Volk, geographischer Raum) kann den Untersuchungsgegenstand einer ukrainischen Geschichte befriedigend bestimmen. Mein [Kappeler] Zugang ist deshalb ein flexibler und dynamischer: Ukrainische Geschichte sehe ich als Geschichte des Raums, in dem Ukrainer als Bevölkerungsmehrheit lebten. [...]

2. Territoriale Entwicklung von 1920 bis 1954



Abb. 1: Die territoriale Entwicklung der Ukrainischen Sowjetrepublik [Wiki]
(Die in fett schwarz gezeichnete Grenze entspricht auch der heutigen.)

[Kapp, s.165]

Der Krieg, der im Jahre 1914 ausbrach und in der Ukraine bis zum Jahre 1920 dauerte, brachte dem Land ungeheure Zerstörungen, Menschenverluste und große wirtschaftliche Not. Der Krieg war eine der Ursachen der Revolution in Russland, die auch in der Ukraine zu einer grundlegenden sozialen und politischen Umwälzung führte. Krieg und Revolution versetzten den drei großen Vielvölkerimperien Osteuropas, dem Russischen, dem Habsburger und dem Osmanischen Reich, den Todesstoß. Zahlreiche Völker Mittel- und Osteuropas nutzten die Gelegenheit und organisierten sich in Nationalstaaten. Auch die Ukrainer erklärten nach der Oktoberrevolution die Unabhängigkeit ihres Landes, doch konnten sich die unterschiedlichen Varianten eines ukrainischen Nationalstaates nur kurze Zeit halten.

[Kapp, s.184]

Die Ukrainer standen in den Jahren 1917 bis 1920 im Brennpunkt des russischen Bürgerkriegs und internationaler Konflikte. Ähnlich wie zu Zeiten *Bodan Chmel'nyčkyj* waren sie allein zu schwach, um ihre Unabhängigkeit zu behaupten. Weder die Bolschewiki noch

die Weißen, weder die Interventionstruppen der Entente noch die Mittelmächte und Polen waren an der Unabhängigkeit der Ukraine interessiert. Sie alle akzeptierten die Ukrainer nicht als Nation, sondern instrumentalisierten sie für ihre eigene Machtpolitik. Niemand bot sich als Partner für die ukrainischen Regierungen an, und allein auf sich selbst gestellt, hatte der ukrainische Nationalstaat in der Konstellation der Jahre 1917 bis 1920 kaum eine Überlebenschance.

[Kapp, s.165]

Schon seit 1920 war die ganze Ukraine wieder Bestandteil fremder Staaten, zum größeren Teil der Sowjetunion, im Westen Polens, Rumäniens und der Tschechoslowakei. [siehe Abb. 1, rot gestrichelte Grenze 1917-21]

[Bis zum Ende der Liste: kein wörtliches Zitat, sondern, frei gemäß Wikipedia formuliert]

1922 wurde die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik offiziell Teil der neu gegründeten Sowjetunion, [...] siehe Abb. 1, rot gestrichelte Grenze.

Folgende Gebietsveränderungen sind in Abb. 1 dargestellt:

1. Die sowjetische Politik zielte darauf ab, die in den Friedensverträgen von Brest-Litowsk 1918 und Riga 1921 [...] von Russland erzwungenen Gebietsabtretungen rückgängig zu machen. 1924 wurden die Okrug [Verwaltungseinheiten] Shakyty und Taganrog von der Ukrainischen Sowjetrepublik der Russischen Sowjetrepublik abgetreten. (das hell-grüne Gebiet (1))
2. Der Zweite Weltkrieg begann mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939, dem am 17. September 1939 die sowjetische Besetzung Ostpolens folgte. Polen wurde gemäß den Abmachungen des Hitler-Stalin-Paktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion aufgeteilt. (gelbes Gebiet in Abb. 1).
3. Nach dem Ende des deutschen Westfeldzugs und Unterzeichnung des Waffenstillstands von Compiègne am 22. Juni 1940 sah die Sowjetunion den Zeitpunkt gekommen, das zu diesem Zeitpunkt noch zu Rumänien gehörende Bessarabien, die nördliche Bukowina und das Herza-Gebiet zu annektieren. Am 28. Juni 1940 besetzte die Rote Armee diese Territorien. (auf Abb. 1 das braune Gebiet zur Ukraine, das hell-grüne (2) an Moldavien)
4. Nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition im Zweiten Weltkrieg und auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen (Teheran-Konferenz November 1943, Konferenz von Jalta Februar 1945 und Konferenz von Potsdam Juli/August 1945) gefassten Beschlüssen der Alliierten wurden von der Sowjetunion bzw. der Ukrainischen SSR dauerhaft jene westlich und südwestlich ihrer ursprünglichen Grenzen gelegenen Gebiete einbehalten, die zunächst nach Vereinbarungen des Hitler-Stalin-Pakts, dann im Verlauf des Krieges von der Roten Armee militärisch eingenommen worden waren. Die Grenzen der Ukraine wurden damit zu Lasten Polens, Rumäniens und der Tschechoslowakei weit nach Westen und Südwesten vorgeschoben. (rotes Gebiet in Abb. 1).
5. Nach dem Zweiten Weltkrieg geriet Rumänien unter sowjetischen Einfluss. [...] 1948 erfolgte eine letzte territoriale Abtretung, als die Schlangeninsel der Sowjetunion übergeben wurde. (dunkel-rotes Gebiet an die Ukraine)
6. [Schon] 1796 wurden die südlichen und östlichen Gebiete der heutigen Ukraine, die Russland von den Osmanen erobert hatte, zu einem russischen Gouvernement zusammengefasst (Neurussland) und es wurden die Städte Sewastopol (1763, Militärhafen und Festung) und Simferopol (1784) auf der Halbinsel Krim sowie die Hafenstadt Odessa (1793) gegründet. [...] 1954 kam die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik

Krim durch einen Beschluss des Obersten Sowjets an die Ukraine. (auf Abb. 1 violettes Gebiet an die Ukraine)

3. Politische Entwicklung der Ukraine bis 1997 (ohne die Krim)

[Kapp, S. 230]

Mit dem Tode *Stalins* veränderten sich Staat und Gesellschaft der ganzen Sowjetunion und gleichzeitig auch die Moskauer Politik gegenüber der Ukraine. Zwar kam es zu keiner konsequenten Abwendung vom politischen System der Stalinzeit, doch ging das Ausmaß an Repression erheblich zurück. Die Zentrale war deshalb wieder dazu gezwungen, die Ukrainer und die anderen Nationalitäten des Reiches durch Konzessionen zu gewinnen.

[Wiki Schelest]

Der Aufstieg *Schelests* in die Machtzentren der Partei wurde durch *Chruschtschow* gefördert: 1962 bis 1963 war er Sekretär und von 1963 bis 1972 Erster Sekretär der ukrainischen KP als Nachfolger von *Nikolai Podgorny*.

[Kapp, S. 236]

Nachfolger von *Selest* wurde [1972] *Volodymyr Scerbyc'kyj* (1918-1990), der als Ministerpräsident der Ukraine eine gegen *Selest* gerichtete Gruppe der Kommunistischen Partei angeführt hatte. [...] *Scerbyc'kyj* führte seit 1972 eine groß angelegte „Säuberung“ in der Ukraine durch, die wohl umfangreichste Aktion der Sowjetischen Geheimpolizei seit 1953.

[Kapp, S. 247]

Der konservative Parteichef *Scerbyc'kyj*, der die Ukraine seit 1972 mit eiserner Faust regierte, blieb in Kiev an der Macht und war weiterhin Mitglied des Moskauer Politbüros.

[Kapp, S. 246]

In der Mitte der achtziger Jahre galten die Ukrainer im Westen und in weiten Teilen der Sowjetunion als regionale Variante der russischen Nation und als treue Satrapen der Sowjetmacht, als enge Verbündete des „älteren russischen Bruders“. Als der im März 1985 zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei gewählte *Michail Gorbacev* seine Politik der Transparenz (*Glasnost*) und des Umbaus (*Perestrojka* [...]) einleitete, änderte sich daran vorerst wenig.

[...] Der Versuch der Reform führte jedoch nach wenigen Jahren zur Zerstörung des Sowjetsystems und zum Auseinanderbrechen des sowjetischen Staates.

[Wiki]

Unabhängigkeitsbestrebungen, die die ganze Zeit existierten und ihr Zentrum in der Westukraine in Lwiw hatten, führten nach der Perestrojka 1991 im Zuge der Auflösung der Sowjetunion zur erneuten staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine.

[Wiki]

Am 22. Oktober 1991 beschloss der Oberste Sowjet der Ukraine ein Gesetz zur Bildung eigener ukrainischer Streitkräfte im Umfang von rund 420.000 Soldaten sowie eine Nationalgarde von 30.000 Soldaten. Drei Tage später erfolgte auch die Zustimmung zu umfangreichen Wirtschaftsreformen, die die Privatisierung von Grundeigentum, die Preisfreigabe sowie eine Boden- und Finanzreform vorsahen.

[Wiki]

Am 2. Januar 1992 verfügte Präsident *Leonid Krawtschuk* die Unterstellung aller auf dem Territorium der Ukraine stationierten vormals sowjetischen Truppen einschließlich der Schwarzmeerflotte unter ukrainischen Oberbefehl. Ausgeschlossen wurden nur die strategischen Militärformationen.

Am 26. März 1992 wurde per Dekret des Präsidenten die Rückkehr aller ukrainischen Wehrpflichtigen aus Armenien, Aserbaidschan und aus Moldawien bis zum 20. Mai 1992 angeordnet.

[Wiki]

Am 1. Dezember 1991 entschieden sich die Ukrainer in einem Referendum über die Unabhängigkeit der Ukraine mit 90,3 % der abgegebenen Stimmen dafür. Auf der Krim stimmten auch über die Hälfte der Bewohner für die Unabhängigkeit. Bei der ersten Direktwahl des Präsidenten der Ukraine mit einer Wahlbeteiligung von 84 % setzte sich *Leonid Krawtschuk* mit 61,6 % der Stimmen [...] durch.

Am 5. Dezember 1991 wurde schließlich von dem ukrainischen Parlament der Vertrag über die Bildung der Sowjetunion aus dem Jahr 1922 gekündigt, allerdings beschloss die ukrainische Staatsführung bereits drei Tage später gemeinsam mit Russland und Weißrussland die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

[Wiki]

Nach der Unabhängigkeit wurde die Ukraine [...] wegen] der Hinterlassenschaft der Sowjetunion mit 130 Interkontinentalrakete UR-100N (SS-19) und 46 vom Typ RT-23 (NATO-Codename: SS-24) zur drittgrößten Atommacht der Welt.

Im Mai 1992 begann [auch] der Abtransport der in der Ukraine stationierten taktischen Kernwaffen nach Russland.

Am 2. Juli 1993 enthielt eine Grundsatzerklärung offiziell den Verzicht auf die Atomwaffen und dass die Ukraine zukünftig atomwaffenfrei sein soll. Am 15. Juli 1993 begann der Abbau der auf dem ukrainischen Territorium stationierten SS-19. Die Raketen wurden zur Verschrottung nach Russland gebracht. Die Gefechtsköpfe blieben anfangs noch in der Ukraine, bis der Nachfolgestatus der Sowjetunion und Russlands in Bezug auf die Atomwaffen international geklärt war. Die Ukraine forderte für ihren Verzicht auf Atomwaffen von den Atommächten Sicherheitsgarantien für ihr Land und finanzielle Unterstützung.

Am 14. Januar 1994 unterzeichneten die Präsidenten Russlands, der Ukraine und der Vereinigten Staaten von Amerika die Trilaterale Erklärung zur Vorbereitung für das Abkommen über die Vernichtung der auf ukrainischem Staatsgebiet stationierten Kernwaffen, womit der nichtnukleare Status der Ukraine endgültig bestätigt wurde. Das Budapester Memorandum wurde schließlich am 5. Dezember 1994 in Budapest im Rahmen der dort stattfindenden KSZE-Konferenz unterzeichnet.

Im Gegenzug erhielt die Ukraine Sicherheitsgarantien von Russland und den USA. Dazu gehörte die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität sowie die Zusage, keine Atomwaffen gegen sie einzusetzen. [...]

Russland und die Ukraine schlossen am 31. Mai 1997 in Kiew einen Freundschaftsvertrag; darin verpflichtete sich Russland erneut, die Grenze zwischen beiden Ländern nicht zu verletzen.

4. Die Krim 1954 bis 2014

[Wiki]

Über die Halbinsel Krim kam es zu Kontroversen. Sie war seit 1954 Bestandteil der Ukrainischen Sowjetrepublik und hatte zuvor zur Russischen SFSR [Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik] gehört, bis 1945 als Autonome Republik. Auf der Krim hatte die ethnisch russische Bevölkerung 1989 eine Zweidrittelmehrheit. Wegen eines am 20. Januar 1991 abgehaltenen Referendums wurde die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der

Krim am 12. Februar 1991 durch den Obersten Sowjet der Ukrainischen SSR wiedererrichtet und verblieb nach der Unabhängigkeit der Ukraine im August 1991 bei der Ukraine. Die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Krim blieb aber zunächst bestehen.

[...] Am 21. Mai 1992 hat der Kongress der Volksdeputierten der RSFSR die Abtretung der Krim an die Ukraine im Jahr 1954 für nicht rechtmäßig erklärt. Am 30. Juni 1992 beschloss das ukrainische Parlament [...] ein Gesetz, das der Krim weitestgehende Autonomie einräumt. Danach ist die Halbinsel Krim ein autonomer Bestandteil der Ukraine und die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung und Währungspolitik verbleiben bei der Ukraine. Die autonome Krim erhält das Recht, die Außenwirtschaftsbeziehungen, die Sozial- und Kulturpolitik eigenständig zu gestalten und kann allein über die Bodenschätze (bspw. Erdgas) verfügen. Ein Anschluss der Krim an ein anderes Land bedarf der Zustimmung des ukrainischen Parlaments und des Parlaments der Krim. Eine Stationierung von Streitkräften bedarf der Zustimmung des Parlaments der Krim.

Am 21. September 1994 wurde die bisherige Republik Krim zur Autonomen Republik Krim. Es folgte eine verbale Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Russland. Die separatistischen Kräfte zogen schließlich ein Referendum zurück, das auf einen Anschluss der Krim an Russland gezielt hatte. Als Kompromiss wurden die Rechte der Krim als Autonome Republik der Ukraine ausgeweitet. Nach weiteren Machtkämpfen in den folgenden Jahren erhielt die Krim schließlich in der Verfassung von 1995, die 1998 nochmals überarbeitet wurde, erneut den Status einer Autonomen Republik als „integraler Bestandteil der Ukraine“, mit eigener Regionalregierung, eigenem Parlament, aber ohne eigenen Staatspräsidenten.

[Kapp, S. 268]

Nicht zufrieden mit dem neuen Kompromiss waren die etwa 250.000 Krimtataren, die seit den Ende der 1980er Jahre in ihre Heimat, aus der ihre Eltern und Großeltern 1944 nach Mittelasien deportiert worden waren, zurückkehrten. Sie wurden auf der Krim wirtschaftlich und politisch diskriminiert.

[Wiki]

Im Jahr 2014 fand jedoch gegen den Willen der ukrainischen Regierung unter einer Russischen Okkupation ein Referendum über den Status der Krim statt, bei dem angeblich 97 % der Wähler für einen Beitritt zu Russland stimmten. Die anschließende Annexion der Krim als russisches Föderationsobjekt wird von der Ukraine und der absoluten Mehrheit der UNO-Staaten nicht anerkannt.

[Wiki]

Russland ließ derweil im Frühjahr 2014 Freischärler [auf die Krim] einsickern und lieferte im Juni schwere Waffen bis hin zu Kampfpanzern.

Am 28. Juli 2014 meldete das UNHCHR den totalen Zusammenbruch von Recht und Ordnung in den fraglichen Gebieten, von einer Terrorherrschaft der bewaffneten Gruppen über die Bevölkerung der Ostukraine mit Freiheitsberaubungen, Entführungen, Folterungen und Exekutionen.

5. Politische Entwicklung der Ukraine von 2000 bis 2022

[Wiki]

Im Herbst 2004 fanden Präsidentschaftswahlen statt. Der seit 1994 amtierende Präsident *Leonid Kutschma* durfte laut Verfassung nach zwei Amtszeiten nicht mehr zu dieser Wahl antreten, die allgemein als Richtungswahl für eine West- oder Ostausrichtung des Landes angesehen wurde. Die Ereignisse um die Stichwahl am 21. November mündeten in die

sogenannte **Orange Revolution**, einem mehrwöchigen friedlichen Protest gegen Wahlfälschungen, in dessen Folge nach einem Beschluss des Obersten Gerichts am 26. Dezember 2004 die Stichwahl wiederholt wurde. Die Wiederholungswahl konnte [Wiktor] *Juschtschenko* für sich entscheiden. Die für eine Ausrichtung nach Russland eintretende Seite unter *Kutschma* und *Janukowytsch* erkannte ihre Niederlage an, nachdem sie mit der Gegenseite eine zu verwirklichende Verfassungsreform ausgehandelt hatte. Diese sollte die Ukraine, die bislang durch ein präsidentiales System regiert wurde, in eine parlamentarische Republik umwandeln. Nach Umsetzung der Reform war die Position des Präsidenten deutlich geschwächt.

Nach der Amtseinführung von Präsident *Wiktor Juschtschenko* im Januar 2005 bestätigte das ukrainische Parlament (Werchowyna Rada) am 4. Februar 2005 die neue Regierung unter Ministerpräsidentin *Julija Tymoschenko*. Während der ersten 100 Tage der Regierung *Tymoschenko* wurden die Privatisierungen einiger großer Unternehmen (Kryworischstal) aus der Zeit des früheren Präsidenten *Kutschma* überprüft. Es zeigte sich auch, wie schon im Wahlkampf, dass die Positionen von Präsident *Juschtschenko* und Ministerpräsidentin *Tymoschenko* in der Wahl der Mittel teilweise differierten. So kam es schon nach wenigen Monaten zum Zerwürfnis: Am 8. September 2005 entließ der Präsident die Regierung *Tymoschenko* im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen und Konflikten innerhalb des Kabinetts. Neuer Regierungschef wurde der Wirtschaftspolitiker *Jurij Jechanurow*.

Gemeinsam mit Georgien trieb *Juschtschenko* den Beitritt der Ukraine zur NATO voran. Ein NATO-Gipfel lehnte den Antrag jedoch trotz amerikanischer Unterstützung ab. [siehe Abschnitt „Ukraine und Nato“]

[Wiki]

Wirtschaftspolitisch strebte *Juschtschenko* eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine an, kam aber über einen Beitritt zur Östlichen Partnerschaft nicht hinaus.

Nationalpolitisch nahm *Juschtschenko* für Personen der ukrainischen Geschichte Stellung, die die ukrainische Bevölkerung stark polarisierten. Dazu gehörte der Oberkommandierende *Roman Schuchewytsch* der Ukrainischen Aufständischen Armee. *Stepan Bandera*, der als militanter Nationalist mit der nationalsozialistischen Besatzungsmacht in Polen kollaborierte, ernannte er zum Helden der Ukraine.

Aus den Parlamentswahlen 2006 ging die Partei des Präsidenten (Unsere Ukraine) nur als drittstärkste Kraft hervor. Wahlsiegerin war *Wiktor Janukowytschs* Partei der Regionen, er selber wurde zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Das politische Geschehen war nun von einem Machtkampf zwischen Regierung und Präsident geprägt. Schließlich löste Präsident *Juschtschenko* das Parlament auf und es kam zu neuerlichen Parlamentswahlen im September 2007. Erneut wurde die Partei der Regionen stärkste Kraft, doch konnten sich diesmal die Parteien von *Juschtschenko* und *Tymoschenko* auf eine Koalition einigen. *Tymoschenko* wurde darauf zum zweiten Mal Ministerpräsidentin. Der politische Machtkampf zwischen Präsident, Regierung und Parlament indes dauerte an. Für *Juschtschenko* und *Tymoschenko* führte er in Niederlagen: Der Präsident wurde Anfang 2010 bei den Präsidentschaftswahlen nicht mehr gewählt und *Tymoschenko* verlor kurz darauf ihr Amt als Regierungschefin. Stattdessen wurde *Wiktor Janukowytsch* der neue Präsident der Ukraine.

Präsident der Ukraine war vom 25. Februar 2010 bis 22. Februar 2014 *Wiktor Janukowytsch*. Der Nachfolger *Janukowytschs* als Vorsitzender der Partei der Regionen, *Mykola Asarow*, war seit 11. März 2010 Ministerpräsident.

[Kapp, S. 297]

Asarov, ein enger Vertrauter des Präsidenten aus Donec'ker Zeiten, war in Russland aufgewachsen, war unter *Kucma* Chef der Steuerverwaltung, dann Mitbegründer der Partei der Regionen und in den beiden Kabinetten *Janukovyc* [*Janukowytsch*] für Finanzpolitik zuständig. Die Hälfte der Minister stammte aus den ostukrainischen Gebieten Donec'k und Luhansk, der Machtbasis von *Janukovyc*, oder hatten ihre politische Karriere in Donec'k gemacht.

[...] *Janukovyc* schaffte es, in etwas mehr als einem Monat eine bisher von keinem Präsidenten erreichte Machtfülle zu gewinnen. [...] Um die Befugnisse des Präsidenten auszuweiten, entschied das Parlament, dass die Verfassungsreform von 2004/2006 verfassungswidrig erfolgt sei. Darauf setzte das Verfassungsgericht in einem umstrittenen Entscheid die Verfassung von 1996 wieder in Kraft. Damit kehrte die Ukraine zu einem System zurück, das dem Präsidenten mehr, dem Parlament weniger Befugnisse gab.

[Kapp, S. 299]

Ein zentrales Anliegen des Präsidenten war die Abrechnung mit seinen Gegnern, die ihm in der Orangen Revolution eine demütigende Niederlage beigebracht hatten. Seit Mai 2010 wurden sie vielfältiger, teilweise grotesk anmutender Vergehen beschuldigt, mit einer Fülle von Gerichtsverfahren überzogen und teilweise zu Gefängnisstrafen verurteilt. [...] Allerdings trafen die Maßnahmen fast ausschließlich Mitglieder des Teams von *Julia Tymosenko* [*Tymoschenko*]. [...] die ehemalige Ministerpräsidentin [wurde] am 11. Oktober 2011 wegen Amtsmissbrauchs [zu teure Gasverträge mit Russland] zu sieben Jahren Freiheitsentzug [verurteilt]. [...] Die Außenbeauftragte der EU [...] und das Europäische Parlament kritisierten das Urteil ebenfalls.

[Wiki]

Während der Fußball-Europameisterschaft 2012 wurde die Willkürjustiz der Regierung *Janukowytsch* und die Behandlung der inhaftierten Oppositionsführerin *Julija Tymoschenko* kritisiert.

[Kapp, S. 301 ff]

Im Oktober 2012 fanden fristgemäße Parlamentswahlen statt. [...] Stärkste Partei blieb die Partei der Regionen [stützt *Janukovyc*]. Überraschend war auch der Erfolg der nationalistischen „Allukrainischen Vereinigung Freiheit“ (Svoboda) [10,4%. ...] Vorläuferin von Svoboda war die schon 1991 begründete Sozial-nationale Partei der Ukraine, die mit Nazi-symbolen in Erscheinung trat, [...]. Svoboda sah sich als Nachfolgerin der rechtsextremen OUN mit ihrem Führer *Stefan Bandera* und deren antisowjetische (antirussischer) Ausrichtung und verfocht wie diese einen fundamentalistischen ethnischen Nationalismus. [...] Die einzige Partei, die dem zunehmend autoritären und russlandfreundlichen Präsidenten *Janukovyc* die Stirn zu bieten schien, war Svoboda. [...] Das neue Parlament bestätigte *Azarov* als Ministerpräsident.

[Kapp, S. 305]

Janukovyc baute einen ihm ergebenen Personenkreis auf, der in Politik und Wirtschaft Einfluss gewann. Eine führende Rolle kam *Janukovyc*' Sohn *Oleksandr* zu, der in kurzer Zeit zu einem der reichsten Männer der Ukraine wurde. Auch *Janukovyc* selber bereicherte sich maßlos, [...]. Die Entfremdung zwischen *Janukovyc* und einigen Oligarchen trug allerdings bei zur Erschütterung seiner Position und zu seinem Sturz, als einige Oligarchen ihn fallen ließen.

[Kapp, S. 334 ff]

An einem EU-Ukraine-Gipfel im Februar 2013 waren die EU-Delegation und der Präsident der Ukraine *Wiktor Janukovyc* übereingekommen, das Assoziierungsabkommen [umfas-

sender Freihandel] im November dieses Jahres zu unterschreiben. Zwar verlangte die EU noch immer mehrere Reformmaßnahmen, doch erfüllte die Ukraine im Lauf des Jahres die meisten Bedingungen. Lediglich der Forderung nach Freilassung von *Julia Timosenko* kam *Janukovyc* nicht nach. Nachdem diese selbst die EU aufgefordert hatte, nicht an dieser Bedingung festzuhalten, schien einer Unterzeichnung nichts mehr im Wege zu stehen.

Russland hatte sich schon wiederholt gegen eine Assoziierung der Ukraine an die EU gestellt, die den Plänen *Vladimir Putins* einer Eurasischen Union (unter Einschluss der Ukraine) zuwiderlief und Russlands Anspruch auf Hegemonie im postsowjetischen Raum gefährdete. Russland verstärkte im Sommer 2013 seinen Druck, um das Abkommen noch zu verhindern.

[...] In einer Rede vor dem internationalen Valdaj-Forum im September 2013 betonte *Putin* erneut die Zugehörigkeit der Ukraine zur „russischen Welt“:

„Die Ukraine ist ohne Zweifel ein unabhängiger Staat. So hat sich die Geschichte entwickelt. Aber lasst uns nicht vergessen, dass der heutige russische Staat seine Wurzeln am Dnjepr hat. Wir haben, wie wir zu sagen pflegen, im Dnjepr unser gemeinsames Taufbecken. Wir haben gemeinsame Traditionen, eine gemeinsame Mentalität, eine gemeinsame Geschichte und Kultur. Wir haben sehr ähnliche Sprachen. In dieser Hinsicht, ich wiederhole es, sind wir ein Volk. Natürlich haben das ukrainische Volk, die ukrainische Kultur und die ukrainische Sprache wundervolle Eigenschaften, die die Identität der ukrainischen Nation ausmachen. Und wir respektieren sie nicht nur, sondern, was mich betrifft, ich liebe sie. Die Ukraine ist ein Teil unserer großen russischen oder russisch-ukrainischen Welt. Doch die Geschichte hat mit sich gebracht, das ihr Territorium heute ein unabhängiger Staat ist, und wir respektieren das.“

[...]

Im Sommer 2013 begann Russland einen Handelskrieg, der den Ukrainern vor Augen führen sollte, was sie bei einer Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU zu erwarten hätten. [...] Moskau erklärte, dass ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU das liberale Zollregime mit Russland erschüttern würde. [...] Im Oktober drohte man mit der Einführung der Visumpflicht gegenüber der Ukraine, falls sie nicht der Zollunion beitrete. [...]

Die ukrainische Führung sandte widersprüchliche Signale aus. [...] am 24. August erklärte *Janukovyc*, das Assoziierungsabkommen sei ein wichtiger Schritt für die Ukraine, gleichzeitig solle aber auch die ökonomische Integration mit Russland und den eurasischen Staaten fortgeführt werden. [...] Am 20. November 2013 meinte *Azarov*, dass [...] „alles nach Plan“ laufe. Die Strategie der Ukraine habe sich nicht geändert.

Einen Tag später kam die Kehrtwende: Das ukrainische Ministerkabinett veröffentlichte einen Erlass, der die Aussetzung der Vorbereitungen für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU verkündete.

[Kapp, S. 338]

Schon am Abend des 21. November [2013] kam es in Kiev und Lemberg [Lwiw] zu ersten Protesten gegen die Regierungserklärung. Soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter riefen zu Demonstrationen auf, die nach dem Namen des Unabhängigkeitsplatzes in Kiev bald als **Euro-Majdan** bezeichnet wurden. Die Proteste griffen rasch um sich und erreichten am 24. November einen ersten Höhepunkt, [...].

[Kapp, S. 339 ff]

Während die Orange Revolution weitgehend gewaltlos geblieben war, führte der brutale Einsatz der Ordnungskräfte gegen den Euro-Maidan schon früh zu gewaltsamen Reaktionen der Aktivisten. Die zivilgesellschaftliche Massenbewegung nahm revolutionären Cha-

rakter an. An die Stelle des Ziels der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens traten die Ziele des Sturzes der Regierung und des Präsidenten. [...]

Die Demonstrationen griffen auf zahlreiche andere Städte über, vornehmlich im Westen, in geringerem Maß auch im Osten der Ukraine. [...]

Eine neue Eskalation wurde dadurch ausgelöst, dass das Parlament am 16. Januar 2014 eine Reihe von Gesetzen erließ, die das Demonstrationsrecht massiv einschränkten. [...]

Neue Zusammenstöße in Kiev forderten am 24. Januar erste Todesopfer, [...]

Gegen Ende Januar wich die Regierung zurück. [...] Am 28. Januar wurden die am 16. Januar erlassenen Gesetze zurückgenommen, und Ministerpräsident Azarov und die ganze Regierung traten zurück. [...]

Schon früh besuchten eine ganze Reihe von Abgeordneten des Europäischen Parlaments und Politiker wie der deutsch Außenminister *Westerwelle* den Kiever Majdan. Die Repräsentantin der EU für Außenpolitik, *Catherine Ashton*, sagte der Ukraine unter der Bedingung von Wirtschaftsreformen finanzielle Unterstützung zu. Am 1. Februar trafen *Jacenyuk* und *Vitalij Klycko* bei der Münchner Sicherheitskonferenz mit Vertretern der EU und dem amerikanischen Außenminister *Kerry* zusammen. Als Reaktion auf Menschenrechtsverletzungen während der gewaltsamen Zusammenstöße erließen die EU und die USA Sanktionen gegen einzelne ukrainische Politiker. [...] Russland [verurteilte] „ungesetzliche Aktionen“ [der EU und der USA] und protestierte gegen die „Einmischung westlicher Politiker“. Die russischen Medien bezeichneten den Euro-Majdan als vom Ausland gesteuerte Aktion gekaufter Söldner.

[...] Am 18. Februar 2014 zogen [Demonstranten] in einem Marsch zum Parlament. Als dieses den Antrag der Revision der Verfassung nicht entgegennahm, blockierten die Demonstranten das Parlamentsgebäude, und die Gewalt eskalierte. [...] Die Gesamtzahl der im Februar auf dem Majdan getöteten Menschen wurde auf über 100 geschätzt, unter ihnen 16 Polizisten. [...] Zum ersten Mal in der in der Geschichte der unabhängigen Ukraine ging die Regierung mit offener Gewalt gegen ihre Bürger vor. Damit verloren *Janukovyc* und sein Regime ihre Legitimation.

Jetzt ging alles sehr schnell. Noch am 20. Februar verlangte das Parlament in einer Sondersitzung die „Beendigung der Antiterroristischen Aktion“. Erstmals seit 2010 erlangte die Opposition eine Mehrheit, da sich ihr 35 Abgeordnete von *Janukovyc* Partei der Regionen anschlossen. [...] Auch Einheiten der Polizei und Armee stellten sich auf die Seite des Majdan, ebenso wie einige einflussreiche Oligarchen. [...] Der letzte Versuch eines Ausgleichs fand am 21. Februar statt, [deutsche, polnische und französische Diplomaten vermittelten einen Vereinbarung]. [...] Die Aktivisten des Majdan stellten zwar ebenso wie die Regierungskräfte die Gewalt ein, doch waren sie nach dem Blutbad in Kiev nicht mehr bereit, *Janukovyc* weiter als Präsidenten zu dulden. [...]

Am 21. Februar führte es [das Parlament] die alte Verfassung wieder ein [...] und beschloss mit großer Mehrheit Präsident *Janukovyc* seines Amtes zu entheben und für den 25. Mai Neuwahlen auszuschreiben. Damit sprengte das Parlament zwar seine verfassungsmäßigen Vollmachten, [...] um ein Machtvakuum zu verhindern und die Situation zu stabilisieren. [...] Am Abend des 21. Februar [...], floh *Janukovyc*] erst in die Ostukraine und dann nach Russland. [...] zahlreiche Politiker und Verwaltungsleute in der Ost und Südukraine [missbilligten] die Majdan-Revolution und [stellten] die Autorität des Parlaments infrage. [...]

Am 23. Februar wurde *Turcynov* zum kommissarischen Präsidenten gewählt, und am 27. Februar [...] *Arsenij Jacenyuk* zum Ministerpräsidenten. [...] Neben zahlreichen Parteilosen gehörten der Regierung auch vier Mitglieder (von 21) der nationalistischen Svoboda an.

[...] Die Beteiligung einer rechtsextremistischen Partei an der Regierung erweckte im Ausland Bedenken. [...]

Am 21. März 2014 wurde das Assoziierungsabkommen mit der EU unterschrieben und sein politischer Teil sofort in Kraft gesetzt. [...] es handelte sich um das umfassendste Abkommen, das die EU je mit einem Nicht-Mitglied abgeschlossen hatte.

[Kapp, S. 351]

Russland hatte auf den Euro-Majdan von Anfang an negativ reagiert und behauptet es handle sich um ein vom Westen inszeniertes, gegen Russland gerichtetes Komplott. [...] Am 23. Februar, als die Würfel in Kiev gefallen und die Winterspiele [im russischen Soci] beendet waren, [wurde] die Majdan-Revolution [...] erneut als vom Westen geförderter Umsturz militanter Ultranationalisten hingestellt, die später auch als Neonazis, Antisemiten und dann pauschal als Faschisten bezeichnet wurden. Die Legitimität des Parlaments [...] und der Regierung wurden bestritten. Die Interessen der Bevölkerung im Osten des Landes und auf der Krim müssten berücksichtigt werden, das Leben „unserer Landsleute“ in der Ukraine sei bedroht, die russische Sprache sei “fast vollständig verboten“ worden. Dies waren Argumente, die ein militärisches Eingreifen Russlands rechtfertigen sollten. *Vladimir Putin* beschloss, die Gelegenheit beim Schopf zu ergreifen, um die Krim Russland einzuverleiben und damit die Ukraine zu destabilisieren. (siehe Abschnitt „**Krim 1954 bis 2014**“)

[Wiki]

[...] Nach dem Anschluss der Krim erfolgte eine russische bzw. pro-russische Operation mit dem Ziel der Destabilisierung von Regionen der Ukraine mit einem bedeutsamen Anteil russischsprachiger Bevölkerung, insbesondere Charkiw, Luhansk und Donezk. Während sich in Charkiw die Lage rasch beruhigte, bildeten sich in den Oblasten Luhansk und Donezk unter Anleitung russischer Spezialeinheiten bewaffnete Milizen.

[...] Am 6. Mai 2014 lehnte das ukrainische Parlament den Vorschlag der Regierung ab, am 25. Mai gleichzeitig zur Wahl des Präsidenten landesweit auch eine Volksbefragung zum Thema der Dezentralisierung abzuhalten. Die Dezentralisierung fand bis 2019 vorwiegend durch Kompetenzerweiterung auf kommunaler Ebene statt. Die Stärkung lokaler Selbstverwaltung im Sinne der Demokratie- sowie Subsidiaritätsprinzipien der EU erhöhte gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit der Ukraine gegenüber Russlands hybrider Kriegsführung. [...]

Am 28. Juli 2014 meldete das UNHCHR den totalen Zusammenbruch von Recht und Ordnung in den fraglichen Gebieten, von einer Terrorherrschaft der bewaffneten Gruppen über die Bevölkerung der Ostukraine mit Freiheitsberaubungen, Entführungen, Folterungen und Exekutionen.

Am 2. Dezember 2014 wurde eine Koalitionsregierung, die sich nach der Parlamentswahl Ende Oktober gebildet hatte, eingesetzt. *Arsenij Jazenjuk* wurde als Ministerpräsident bestätigt. Die Amtseinführung des Präsidenten *Petro Poroschenko* fand am 7. Juni 2014 statt.

Im Jahre 2016 wurde mit *Volodymyr Hrojsman* erstmals eine Person jüdischer Herkunft zum Ministerpräsidenten des Landes gewählt [...].

In die Regierungszeit (*Poroschenko/Hrojsman*) fällt das Gesetz der Ukraine vom 18. Januar 2018 „Zur staatlichen Politik in den vorübergehend besetzten Territorien der Gebiete Donezk und Luhansk“, das Festlegungen zur Einrichtung von „Sicherheitszonen“ trifft, die an die Kontaktlinie im Donbass angrenzen. Ein vom Präsidenten ernannter „Befehlshaber

der Vereinten Kräfte“ [...] übernimmt die Führung der in der Sicherheitszone handelnden Kräfte [...].

Nachdem der studierte und diplomierte [[jüdische] Rechtswissenschaftler, ehemalige Schauspieler und Regisseur *Wolodymyr Selenskyj* [im März und April 2019 die] Präsidentschaftswahl in der Ukraine gegen den Amtsinhaber klar gewonnen hatte, wurde er am 20. Mai 2019 in Kiew in das Amt des Präsidenten eingeführt.

Der ukrainischen Regierung gelang es nicht, die von regierungsfeindlichen Kräften beherrschten Gebiete wieder in ihr Staatswesen zu integrieren. Sie werden seit Februar 2022 von Russland als unabhängig anerkannt und stehen unter der Kontrolle der selbsternannten und von Russland abhängigen „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk.

6. Ukraine und NATO

[NATO1994]

Die **Partnerschaft für den Frieden** (englisch: Partnership for Peace; PfP) ist eine 1994 ins Leben gerufene Verbindung zur militärischen Zusammenarbeit zwischen der NATO und zwanzig europäischen sowie asiatischen Staaten, die keine NATO-Mitglieder sind.

Das Ausmaß der Zusammenarbeit kann von jedem teilnehmenden Staat selbst bestimmt werden. Meist handelt es sich dabei um gemeinsame Manöver und Bedachtnahme auf NATO-Standards bei der Beschaffung neuen militärischen Geräts. Die Teilnahme an friedenserhaltenden und friedensschaffenden Missionen der NATO ist über die PfP ebenfalls möglich. Vorgesehen ist auch die Konsultation der NATO bei Bedrohung eines Unterzeichnerstaats von außen. Die PfP ist jedoch explizit kein Verteidigungsbündnis; die Beistandspflicht bleibt NATO-Mitgliedern vorbehalten.

Koordiniert wird die Zusammenarbeit zwischen NATO und den Partnerstaaten seit 1997 im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR), zuvor Nordatlantischer Kooperationsrat (NAKR).

Vom 8. bis zum 13. September 1996 fand zum ersten Mal in Deutschland auf dem Truppenübungsplatz Munster mit „Cooperative Lantern 96“ eine Stabsrahmenübung des NATO-Programms Partnerschaft für den Frieden mit multinationaler Beteiligung aus 18 Staaten statt.

Zu den Staaten, die das Rahmendokument unterzeichnet haben, gehören

- die ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Russland (unterzeichnet 2004, ratifiziert von der Duma im Mai 2007), Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine und Usbekistan,
- die ehemaligen jugoslawischen Republiken Bosnien und Herzegowina und Serbien,
- die EU-Staaten Finnland, Irland, Malta, Österreich und Schweden,
- die Schweiz.

Vierzehn frühere Unterzeichnerstaaten sind inzwischen der NATO beigetreten: Albanien, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Montenegro, Nordmazedonien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

[NATO1997]

Der **NATO-Gipfel in Madrid 1997** fand in Madrid (Spanien) vom 8. bis 9. Juli 1997 statt. [...]

Mit den Madrider Entscheidungen erfolgte die Neuausrichtung der NATO in der europäischen Sicherheitsarchitektur. Im Rahmen der Pläne zur NATO-Osterweiterung wurden die 6 Jahre zuvor noch zum Warschauer Pakt (1991 gekündigt) gehörenden Staaten Polen, Tschechische Republik und Ungarn entsprechende Beitrittsverhandlungen nach Artikel 10 des Nordatlantikvertrages angeboten, die auch vorsahen, diese drei Staaten bis zum 50. Jahrestag der NATO im April 1999 in das Bündnis aufzunehmen. Die von einigen NATO-Staaten, besonders durch Frankreich, favorisierten zusätzlichen Angebote zu Beitrittsverhandlungen an Rumänien und Slowenien wurden indes durch Einwände der US-Regierung unter Bill Clinton noch nicht beschlossen, hierbei wurde auf eine spätere Berücksichtigung verwiesen.

Bedeutend war auch der Abschluss des militärischen Partnerschaftsvertrages mit der Ukraine. Die NATO-Ukraine-Charta sieht demnach eine Beteiligung ukrainischer Streitkräfte im Rahmen einer NATO-geführten Combined Joint Task Force (CJTF) vor, wenn diese mit einem Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ausgestattet ist. Ebenso erfolgt seitdem eine Beteiligung der Ukraine im Bereich der militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP), die von dem neuen Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) als Nachfolger des Nordatlantischen Kooperationsrates (NAKR) koordiniert werden.

Bereits vor dem Gipfel wurde die Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation am 27. Mai 1997 in Paris von den Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten und der russischen Regierung unter *Boris Jelzin* unterzeichnet. Als Konsultationsforum wurde der NATO-Russland-Rat (NRR) geschaffen. Dennoch gab es kontroverse Diskussionen um die geplante NATO-Osterweiterung. Russland lehnte diese weiterhin kategorisch ab und plante als Reaktion eine engere militärische Zusammenarbeit mit Belarus und den anderen GUS-Staaten.

[Aus der **Erklärung von Madrid**, ...] Die Unterzeichnung der Grundakte zwischen der NATO und Rußland am 27. Mai [1997] sowie der Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft mit der Ukraine am morgigen Tag legen ebenfalls Zeugnis ab für unser Bekenntnis zu einem ungeteilten Europa. [...]

[NATO2002]

Verlauf der **Beziehungen zwischen NATO und Ukraine**

Die NATO-Ukraine-Charta ist ein am 9. Juli 1997 auf dem NATO-Gipfel in Madrid verabschiedeter militärischer Partnerschaftsvertrag zwischen der NATO und der Ukraine.

[...]

Die NATO unterhält seither ein Informations- und Dokumentationszentrum in Kiew, während die Ukraine eine militärische Verbindungsstelle in Brüssel eingerichtet hat.

Im Jahr 2002 wurde zur Erweiterung der NATO-Basis die Zusammenarbeit von NATO und Ukraine mit dem NATO-Ukraine-Aktionsplan vertieft und Russland in den NATO-Russland-Rat einbezogen.

Eine Aufnahme der Ukraine in die NATO gestaltete sich schwierig, da Russland nicht auf die Schwarzmeerflotte auf der Autonomen Republik Krim verzichten wollte.

Der ukrainische Präsident *Wiktor Juschtschenko* versuchte im Februar 2005, mit der NATO einen Aktionsplan abzuschließen, der zur Mitgliedschaft der Ukraine führen sollte. Der Antrag wurde aber nur von einer Minderheit der Bevölkerung unterstützt, es kam zu Protestdemonstrationen und das Parlament der Ukraine beschloss, dass ein Beitrittsge-

such ein landesweites Referendum voraussetze. Russland reagierte mit Warnungen und Drohungen.

Im April 2008 lehnte ein NATO-Gipfel den Antrag der Ukraine auf Mitgliedschaft ab, obwohl die USA ihn unterstützte. Die Voraussetzungen müssten erst in einem Plan (Membership Action Plan, MAP) erfüllt werden.

[NATO2008]

Der **NATO-Gipfel in Bukarest 2008** war der 20. NATO-Gipfel. Auf der diplomatischen Konferenz kamen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer der Organisation des Nordatlantikvertrags vom 2. bis 4. April 2008 in Bukarest, Rumänien, zusammen.

Der Gipfel war in erster Linie dem Krieg in Afghanistan gewidmet. Auf der Tagesordnung standen die Anerkennung des Kosovo, militärische Maßnahmen in Afghanistan, die Erweiterung des Bündnisses, der Beitritt Kroatiens, Albaniens und Mazedoniens sowie der Beitritt der Ukraine und Georgiens zur NATO. Die Beitrittsgesuche der Ukraine und Georgiens werden dort als wesentlich betrachtet, aber vertagt.

In der Gipfelerklärung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten hieß es dazu: »Die NATO begrüßt die euro-atlantischen Bestrebungen der Ukraine und Georgiens, die dem Bündnis beitreten wollen. Wir kamen heute überein, dass diese Länder NATO-Mitglieder werden. (...) MAP-Status ist für die Ukraine und Georgien der nächste Schritt auf ihrem direkten Weg zur Mitgliedschaft. Heute machen wir deutlich, dass wir die MAP-Anträge dieser Länder unterstützen. Daher werden wir jetzt mit beiden in eine Phase intensiven Engagements auf hoher politischer Ebene eintreten, um die noch offenen Fragen im Zusammenhang mit ihren MAP-Anträgen zu lösen. (...) Die Außenminister sind befugt, über die MAP-Anträge der Ukraine und Georgiens zu entscheiden.«

NATO-Generalsekretär *Jens Stoltenberg* erklärte dazu noch im Dezember 2021: »Die Position in Bezug auf unsere Beziehungen zur Ukraine bleibt unverändert. Jede Nation habe das Recht, ihren eigenen Weg zu wählen – einschließlich der Art von Sicherheitsvereinbarungen, die sie abschließen wolle.«

[...]

Die Bukarester Ereignisse bezüglich der NATO-Erweiterung auf die Ukraine und Georgien wurden von Alexander Rahr wie folgt zusammengefasst:

„Auf dem NATO-Gipfel 2008 versuchten die USA, eine NATO-Erweiterung auf die Ukraine und Georgien durchzusetzen. Deutschland stellte sich mit Frankreich quer.“

[NATO2002]

Während der völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland im März 2014 beschloss die NATO, ihre Kontakte mit der Ukraine zu intensivieren, die Beziehungen zu Moskau einzufrieren und geplante gemeinsame Aktionen mit den russischen Streitkräften auszusetzen. Im August 2014 kündigte Regierungschef *Arsenij Jazenjuk* eine Wiederaufnahme des NATO-Kurses an.

Im März 2018 erkennt die NATO offiziell an, dass die Ukraine eine NATO-Mitgliedschaft anstrebt. Georgien und Bosnien-Herzegowina genießen einen ähnlichen Status. „Die Tür der NATO steht jedem europäischen Land offen, das in der Lage ist, das Engagement und die Verpflichtungen der Mitgliedschaft zu erfüllen und zur Sicherheit im euro-atlantischen Raum beizutragen“, sagte die Allianz in einer Erklärung vom 9. März.

Am 30. September 2022 reicht die Ukraine einen Antrag zur beschleunigten Mitgliedschaft bei der NATO ein.

[ZDFHeute]

Ukraine und Nato-Staaten starten Manöver

Datum: 20.09.2021 17:09 Uhr

Die Ukraine hat mit den USA und anderen Nato-Staaten die jährlichen Militärmanöver im Westen des Landes gestartet. [Region Lviv] Insgesamt nehmen 6.000 Soldaten teil.

Vor dem Hintergrund des andauernden Konflikts mit pro-russischen Separatisten in der Ostukraine hat die ukrainische Armee am Montag ein gemeinsames Militärmanöver mit den USA und anderen Nato-Staaten begonnen.

An den alljährlich stattfindenden Rapid-Trident-Militärübungen nehmen dieses Mal rund 6.000 Soldaten aus 15 Ländern teil, wie das ukrainische Verteidigungsministerium mitteilte. Das in der Westukraine stattfindende Manöver läuft bis zum 1. Oktober.

Die Übungen seien ein "wichtiger Schritt hin zur europäischen Integration der Ukraine", sagte Brigadegeneral *Wladislaw Klotschkow*.

Eine Woche zuvor hatten Russland und Belarus ein Militärmanöver unter Beteiligung von rund 200.000 Armeeangehörigen abgehalten. Es war eine der größten Übungen dieser Art in den vergangenen Jahren.

In dem seit mehr als sieben Jahre andauernden bewaffneten Konflikt in der Ostukraine zwischen pro-russischen Kämpfern und ukrainischen Regierungstruppen wurden bislang mehr als 13.000 Menschen getötet. Die Ukraine und ihre westlichen Verbündeten werfen Russland vor, die Separatisten mit Soldaten und Waffen zu versorgen, was Moskau zurückweist.

Seit Jahresbeginn starben in dem Konflikt bereits 54 ukrainische Soldaten - im gesamten vergangenen Jahr waren es 50. Die Separatisten meldeten seit Jahresbeginn mehr als 30 getötete Kämpfer in den eigenen Reihen. Im April hatte Russland rund 100.000 Soldaten an der ukrainischen Grenze zusammengezogen, was zu Befürchtungen einer erneuten größeren Eskalation des Konflikts führte. Später kündigte Moskau dann einen Rückzug an.

[Spiegel]

Ukraine startet Militärmanöver mit Nato-Staaten

20.09.2021, 15.26 Uhr

Seit Russland die Halbinsel Krim annektierte, sucht die Ukraine immer stärker die Nähe zur Nato. Mit rund 6000 Soldaten aus einem Dutzend Staaten werden nun Kampfeinsätze trainiert.

Seit 2014 schwelt der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, im Frühjahr spitzte sich die Lage deutlich zu. Vor diesem Hintergrund hat in der Westukraine ein Manöver auch mit Nato-Truppen begonnen. Knapp 25 Kilometer vom EU-Staat Polen entfernt werden etwa 6000 Soldaten aus rund einem Dutzend Staaten Kampfeinsätze trainieren, wie das Verteidigungsministerium in Kiew mitteilte. Geübt werden bei dem jährlichen US-amerikanisch-ukrainischen Manöver »Rapid Trident« (Schneller Dreizack) noch bis Freitag kommender Woche auch Offensiv- und Luftlandeoperationen. Die Bundeswehr entsandte einen Beobachter.

Die Ukraine trainiert seit den Neunzigerjahren regelmäßig mit Einheiten aus Nato-Staaten. Seit 2019 ist das Ziel eines Beitritts zum westlichen Militärbündnis in der Verfassung verankert. In den vergangenen Monaten hatten wiederholt Militärübungen des Westens und Russlands für Spannungen gesorgt. Im Juni hatte die russische Schwarzmeerflotte nach

eigenen Angaben ein britisches Kriegsschiff mit Warnschüssen und Bombenabwürfen an der Halbinsel Krim zum Kurswechsel gezwungen. Russland konzentrierte mehr Militäreinheiten als bisher entlang der Grenze, die Ukraine bereitete die Einberufung von Reservisten vor.

Die Ukraine wird von Russland massiv bedroht. Russland hat die ukrainische Halbinsel Krim annektiert, außerdem unterstützt das Land Rebellen in der Ostukraine militärisch. In den vergangenen Jahren gab es mehrfach militärisch heikle Situationen entlang der russisch-ukrainischen Grenze.

Referenzen

[Kapp] Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine; Verlag C.H.Beck München; 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage; 2014

[Wiki] Wikipedia: Geschichte der Ukraine;
https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Ukraine;
zuletzt am 23. Januar 2023 um 07:43 Uhr bearbeitet;
zugegriffen 25.01.2023

[Wiki Schelest] Wikipedia: Petro Schelest;
https://de.wikipedia.org/wiki/Petro_Schelest;
zuletzt am 14. November 2022 um 11:46 Uhr bearbeitet
zugegriffen 25.01.2023

[Spiegel] Ukraine startet Militärmanöver mit Nato-Staaten;
<https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-startet-militaermanoever-mit-nato-staaten-a-54ec8b8f-b22b-4c46-a3c6-34e15c771d79>;
20.09.2021, 15.26 Uhr;
zugegriffen 29.01.2023

[ZDFHeute] Ukraine und Nato-Staaten starten Manöver;
<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-nato-militaermanoever-100.html>;
20.09.2021 17:09 Uhr;
zugegriffen 29.01.2023

[NATO1994] Partnerschaft für den Frieden;
https://de.wikipedia.org/wiki/Partnerschaft_für_den_Frieden
1994;
zuletzt am 5. Juni 2022 um 22:28 Uhr bearbeitet
zugegriffen 29.01.2023

[NATO1997] NATO-Gipfel in Madrid 1997;
https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Gipfel_in_Madrid_1997;
1997;
zuletzt am 11. September 2022 um 12:53 Uhr bearbeitet;
zugegriffen 29.01.2023

[NATO2008] NATO-Gipfel in Bukarest;
https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Gipfel_in_Bukarest_2008;
2008;
zuletzt am 26. Januar 2023 um 14:33 Uhr bearbeitet.
zugegriffen 29.01.2023

[NATO2002] Beziehungen zwischen NATO und Ukraine;
<https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Ukraine-Charta>
zuletzt am 29. Januar 2023 um 10:57 Uhr bearbeitet;
zugegriffen 29.01.2023